

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)
Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 10 Mk., durch Boten bezogen monatlich 11 Mk., bei Postbezug monatlich 11.50 Mk. frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 50 Pf. Postfachkonto: Amt Wegweg Nr. 16 054. Geschäftsstelle: Dillstr. 4. Für werbende Aufstellungen wird keine Gewähr geleistet. Verfallort Merseburg.

Anzeigenpreis Der 8 gespaltene Millim. Zeitraum 60 Pf. und der 3 gespaltene Millim. Reklameraum 3 Mk. Die laufende Monatsaufstellung wird vom Besizer auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 7.50 Mk. in Zahlung genommen. Hefengebühr 75 Pf. Socio besondere Honor. Anzeigenplatz voruntags 11 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. **Herausgeber Ludwig Valk.**

Nr. 46. **Donnerstag den 23. Februar 1922** 162. Jahrgang

Zusammenkunft Lloyd Georges und Poincarés am Sonntag in Calais oder Boulogne.

Genua am 23. März?

London, 23. Febr. Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ teilt mit, daß Lloyd George die Absicht habe, sich am Sonntag nach Frankreich zu begeben, um mit Poincaré die verschiedenen Fragen zu beraten, die die Beziehungen zwischen Frankreich und England betreffen. Man erwartet, daß insbesondere die Frage der Genueser Konferenz erörtert wird und daß, wenn möglich, ein Einvernehmen über den Zeitpunkt der Konferenz erzielt werden soll. Man hofft in hiesigen militärischen Kreisen, daß die Verwirklichung der Genueser Konferenz, die, wie erklärt wird, erklärt, daß die Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré wahrscheinlich in Calais oder Boulogne stattfinden wird. Der Schatzminister Sir Robert Squire wird in den nächsten Tagen mit dem französischen Finanzminister Delessert zusammenzutreffen.

Der römische Berichterstatter der „Times“ erklärt von amtlicher Stelle, daß aus Rom an den Genueser Ausschuss für die Vorbereitung der Konferenz Anmerkungen ergangen sind, in denen als wahrscheinlichster Zeitpunkt für den Beginn der Konferenz der 21. März angegeben wird, die Konferenz von Genua ohne Zeitangabe vertrag werden. — Einer römischen Meldung der „Information“ zufolge wird eine Entscheidung über den Zeitpunkt würde von den Außenministern der Alliierten bei ihrer nächsten Zusammenkunft fälliger werden.

Verkauf, 23. Febr. Wie das „Berliner Tageblatt“ auf Parlamentarier hört, dürfte die deutsche Regierung auf die französische Note über die Verschuldungsangelegenheit der Konferenz von Genua keine Antwort erteilen, sondern sie lediglich zur Kenntnis nehmen, da Deutschland als einseitig gebundene Staat auf das von den Einladenden festzusetzende Datum der Konferenzbeginns keinen Einfluß hat.

Französische Hintertreppenspolitik.

Die englische Antwort auf das Genueser Memorandum Poincarés.
Paris, 23. Febr. Das am 22. veröffentlichte eine Aufschrift des englischen Gesandten in Paris, in der dieser, entgegen den Behauptungen der Berliner Presse, feststellt, daß die englische Regierung die Note der französischen Regierung über die Verschuldung der Genua-Konferenz bereits am 11. und 14. Februar beantwortet hat und zwar durch zwei in Paris überreichte Noten des englischen Außenministers. — Frankreich wollte also England der Verschuldungspolitik begünstigen, indem es fälschlich die Meldung verbreitete, England antwortet nicht auf die Genua-Note Poincarés. Wer in Wahrheit die Hintertreibung der Konferenz verfolgt, geht neben diesem anderen auch aus obigem Dementi des englischen Gesandten in Paris hervor.

Die russischen Bedingungen für Genua.

Moskau, 23. Febr. Die besondere Sowjetkommission für die Regelung der russischen Teilnahme an der Konferenz in Genua hat nachstehende Bedingungen für die Beteiligung der Alliierten aufgestellt:

1. Entschädigung für die Verluste, die Russland durch die Kämpfe gegen Deutschland, Österreich, Dänemark und Ungarn erlitten hat.
2. Herausgabe der russischen Guthaben, die bei französischen, englischen und deutschen Banken von den Entente-Mächten beschlagnahmt worden sind.
3. Entschädigung für die Vernichtung bzw. Beschädigung russischer Kriegs- und Handelsschiffe.
4. Entschädigung für die Waren, die seit 1917 von der russischen Regierung angekauft, aber nicht geliefert worden sind. Wie bekannt, ist der Gesamtwert dieser Entschädigungsforderungen sämtliche Schulden der russischen Regierung weit übersteigend.

Wie die „D. N. B.“ erfährt, wird der Rückwärtige Ausschuss möglichst zu der Frage Stellung nehmen, Vorstandsmitglied besichtigt ihn bereits für morgen einzuberufen. Reichsminister Dr. Rathenau wird das Programm der Sachlieferungen im freien Verkehr in dieser Sitzung ausführlich erörtern.

Englische Vorbehalte gegen das Wiesbadener Abkommen.

Paris, 23. Februar. „Echo de Paris“ glaubt, den englischen Vorbehalt gegen die Entschädigung der Reparationskommission mitteilen zu können. Es heißt darin, das Wiesbadener Abkommen solle nur eine dreijährige Laufzeit erhalten. Frankreich bekomme 1922 Naturallieferungen in dem Werte von 950 Millionen Goldmark, 1923 und 1924 in Höhe von einhundert Milliarden Goldmark. Der Wert der Lieferungen müsse jedoch der normalen Beschäftigung Frankreichs entsprechen, von Frankreich in jedem Jahre, beginnend im 1. Mai 1923, zurückzuerst werden. Die anderen Mächte erhalten 1922 Naturallieferungen für 50 Millionen Goldmark.

Eine neue Regierungskrise?

Es geht nicht ohne die Deutsche Volkspartei.
Eine neue Regierungskrise liegt im Bereich der Möglichkeit, ist sogar nach Auffassung führender parlamentarischer Persönlichkeiten wahrscheinlich. Wie unser Berliner Vertreter zuverlässig mitgeteilt wird, sprechen in der letzten Zeit dauernd Verhandlungen zwischen dem Reichsminister und Führern der Deutschen Volkspartei, mit dem Ziel, das die Deutsche Volkspartei in die Koalition einzutreten. In der Regierung sieht man ein, daß durch die kleine Mehrheit bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum die Autorität der Reichsregierung nicht beeinträchtigt würde. Deshalb bemüht sich die Regierung fortgesetzt um eine breitere Basis. Der mögliche Zusammenschluß der Regierungsparteien durch die Gruppe Weizsäcker ist dem Reichsminister nicht fernliegend genug. Der Deutschen Volkspartei sollen bedeutende Konzessionen gemacht werden. Es ist mit dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung in diesem Zagen oder drei Wochen zu rechnen. Entschlüsselt sich die Deutsche Volkspartei nicht, in die Regierung einzutreten, so wird sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach zur Opposition der Deutschnationalen bewegen, mit denen augenblicklich ebenfalls Verhandlungen unternommen werden. Diese planen die den Steuerberatungen einen Vorstoß gegen die Regierung, der viele unbedeutende

Ruhe vor dem Sturm.

Augen haben sie und sehen nicht — Ohren haben sie und hören nicht... Nicht nur die Regierung, nicht nur die Parlamentarier, das gesamte deutsche Volk ist in Unruhe und Unklarheit verfallen. Lange schon, länger als ein Menschenalter. Es wuchs, durchdrang die ganze Welt mit den Werken seines Geistes und seiner Arbeit. Und doch blieb sie ihm unendlich fremd und fern. Was wollte die Masse des Volkes von all den Bindungen und Interessen, die es der anderen Welt, auf deren Wohlstand es seine Größe und Macht aufbaute, einsehend, unheimlich, unheimlich! Von 1917 an aber wurde diese fröhliche Unheimlichkeit in ein viel größeres Verdrängen hineingeworfen, in den Weltkrieg. Wir stehen heute noch viel zu tief in den Bekehrungen des folgenden Zusammenbruchs, um das Maß dieser Entschlücktheit voll abzuwägen zu können. Ja, wir sind heute noch in diesem Selbstbetrug gefangen, mehr denn je. Wir leben vom Selbstbetrug. Weil wir Angst haben vor der Wirklichkeit, vor der furchtbaren Wirklichkeit. Die sie sehen, schrecken, aus Furcht, denn die Folgen der Erkenntnis wären zu allerschrecklich eine Katastrophe im Jahre n. Der verlorenen Welt der Alliierten aber wird von Regierung und regierenden Parteien immer noch ergründ, mühsam und immer unvollkommener. Von Tag zu Tag wird er durchschlüssiger.

Von dem Nebel unheimlicher Illusionen ist heute nicht die Rede sein. Aber von dem Selbstbetrug über unsere innere Lage. Infer games Wirklichkeitsleben wurde lahmgelegt durch den Streik eines Teiles der Eisenbahnen. In letzter Stunde — wir haben nicht vor einer Wirtschaftskatastrophe gelang es, ihn abzulenken, und nun? Nun schnell weggehen, schnell weggehen, schnell weggehen! Es wird schon gut gehen, es muß gut gehen. Das Weltwirtschaftsministerium meldet fertig: nirgends im Reich Streikstimmung! Also was ist anzusehen? Zudem hat die Regierung sich das Vertrauen des Volkes offiziell bekräftigen lassen!

In Wirklichkeit haben wir vor viel härteren wirtschaftlichen und innenpolitischen Verhältnissen als wir sie eben hinter uns haben. Eine Charakterisierung der augenblicklichen Vorgänge, Stimmungen und Spannungen in der Angestellten- und Arbeiterwelt gibt eine gewisse unerbittliche Stimme aus Gewerkschaftskreisen in Bremen. Die Bevölkerung leidet unter der fortschreitenden Zersetzung. Starke Erregung herrscht über die Erhöhung der Brot- und Kohlenpreise. Die Not steht vor der Tür von Millionen Familien. Die Stimmung ist niedergedrückt, im Augenblick wenig angreifbar. Aber die Führer der Gewerkschaften sind von hieser Stimmung und Widerstandsfähigkeit sehr unruhig und fürchten, daß die Preissteigerung zu baldigen Streiks von größter Ausdehnung und Heftigkeit führen muß. Stille vor dem Sturm! Die Verbotten helfen sich bereits ein. 20 000 Bergarbeiter im Mansfelder Grubenbau sind am Sonntag abstrich, in dem Streik getreten. Die Gewerkschaften, freie wie gewerkschaftliche, haben geschlossen hinter ihnen. Die stahlgewerkschaftler werden demnach wohl das gleiche tun, wenn nicht ein Wunder geschieht. In der gesamten Metallindustrie in Frankfurt a. M. steht der Streik vor der Tür. Der Schließungsplan hat die Arbeiterwelt abgelehnt. Ebenso in Zwickau. Es wird nochmals versucht, auf dem Verhandlungswege den Streik abzugeben. Aber die Arbeiter erwarten nichts davon. In der Bauindustrie sprechen sich Verhandlungen, die wenig Aussicht auf Erfolg haben. Besonders im Rheinisch-Westfälischen und in Preußen ist Streik im Gange. 50 000 Metallarbeiter stehen im Streik. Die Gewerkschaftsführer erklären, daß eine Lohn- und Gehaltssteigerung anlässlich der Preissteigerungen um der ganzen Zeit erfolgen muß. Die Verhandlungen mit den Bergarbeitern haben immer noch zu keinem Ergebnis geführt. Von Kommunisten und Unabhängigen wird gefordert, überall. Wir leben auf einem Vulkan, der von heute zu morgen ausbrechen kann.

Aber niemand will es sehen, niemand will es wahr haben. Vogeltraupenspolitik — aus Angst. Mitter Willigung, unter Führung der Regierung und der Volkspartei. Wie hatzert Wirtschaftsentwickler in Genua. Dann — dann — dann muß sich alles wenden! Dar über und dort aus demselben Zentrum. Wie ist es gekommen? Wie ist es gekommen? Einem Artikel Scheibemanns in „Vorwärts“ — zum Siege Dr. Wirths. Er stellt fest, daß die Erfüllung der Reparationsforderungen eine Frage habe. Ueber diese Grenze hinaus — und die sei erreicht! — würde das deutsche Volk nicht bezahlen werden. Wenn er das zur Warnung? Der Regierung, keiner Partei oder den alliierten Ausbeutern? Oder dämmert ihm eine Erkenntnis? Daß das deutsche Volk die Politik der Erfüllung, der Volkverleumdung, fast ist, daß es von seinen Führern nicht mehr zu retten, Entschlüsselt sich die Deutsche Volkspartei nicht, in die Regierung einzutreten, so wird sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach zur Opposition der Deutschnationalen bewegen, mit denen augenblicklich ebenfalls Verhandlungen unternommen werden. Diese planen die den Steuerberatungen einen Vorstoß gegen die Regierung, der viele unbedeutende

Tageschronik

Lloyd George und Poincaré werden wegen der Terminfrage für Genua am Sonntag eine Zusammenkunft haben. Die Bedingungen Englands für seine Teilnahme an der Konferenz von Genua.
Verhandlungen mit der Reparationskommission über Sachlieferungen an alle Staaten der Entente.
England macht wichtige Vorbehalte gegen das Wiesbadener Abkommen.
Ueber die wichtigsten deutsch-polnischen Fragen ist noch keine Einigung erzielt worden.

Ein neues Sachlieferungs-Programm.

Lieferung an alle Staaten der Entente.
Berlin, 23. Februar. Seit einiger Zeit finden die „Tagesblätter“ in Berlin mit Vertretern der Reparationskommission Verhandlungen über ein deutsches Sachlieferungsprogramm statt, deren Einzelheiten namentlich durch Nachrichten der französischen Presse aus der deutschen Öffentlichkeit bekannt werden. Nach dem, was aus den in sehr engen Kreisen geführten Verhandlungen bis jetzt bekannt geworden ist, ergeben sich folgende Vorschläge: Es wird Deutschland vorgeschlagen, Sachlieferungen ausstelle von Wertungen an alle Staaten, die am Verteilungsschlüssel der Entente interessiert sind, zu liefern und zwar nicht auf Grund gesunder Eifers, wie beim Wiesbadener Abkommen, sondern auf dem Wege freier Beziehungen unter Berücksichtigung der aus dem Auslande zu beziehenden Rohstoffe. Sicherungen gegen eine über den Zweck des Lieferungsprogramms hinausgehende Verwendung, insbesondere gegen Weiterverkauf auf dem Weltmarkt, sind bisher nicht vorgesehen. Um einer Inflation in den abnehmenden Ländern entgegenzuwirken, wird noch ein weitgehendes Kreditplan, eventuell dessen Grundzüge zurecht offenbar in Paris bearbeitet werden. Es ist anzunehmen, daß schon in den nächsten Tagen außer der Regierung auch die zuständigen Parlamentarier sich ausführlich mit diesen neuen Vorschlägen befassen werden.

Das Verbleib der Reichsregierung zum Aufstufungs-Ausland.

Paris, 23. Februar. Wie die 'Leitungen' von un-

Das Urteil im Mördermordprozess Seebot.

Ein eigenartiger 'Acht'.

Paris, 23. Febr. Großes Aufsehen erregte feiner

Tragödien des Lebens.

Paris, 22. Februar. Zwei furchtbare Familien-

Die Wut in Matheson.

Geheimnisvolle Entführung eines Sakrats.

Letzte Depeschen

Die überflüssige Konferenz von Genoa.

Paris, 23. Febr. (Via Dresden.) Der offizielle 'Welt-

Der Vertreter Dekretelohs für Genoa.

Wien, 23. Febr. Blättermeldungen zufolge wird Bure-

Frankzösische Forderungen an Deutschland.

Paris, 23. Februar. Der französische Minister für

Der Bucher mit den deutschen Zahlleistungen.

London, 23. Februar. Nach einer am Mittwoch

Der heutige Dollarkurs.

Berlin, 23. Februar. (Via Dresden.) Der Dollar-

Verhandlungsschluss in Genä am 10. März.

Genä, 23. Februar. (Via Dresden.) Die bisherigen

Petersdorj vor der Postkongresskonferenz.

Paris, 13. Februar. Die Postkongresskonferenz hat unter

Die Vollendung der Eintreibung.

Paris, 23. Febr. Das Ergebnis der Verhandlungen

Die Anklageverhandlung im Prozess Courtes.

Hamburg, 23. Februar. Die Anklageverhandlung

Dampfer 'Frig Hugo Estimés' in Hamburg eingetroffen.

Hamburg, 23. Februar. Der Dampfer 'Frig Hugo

Geschehen im Kaiser-Wilhelm-Kanal und in der Diffe.

Hamburg, 23. Februar. Die Marinestation teilt mit

Veranstaltungen eines Saniters.

Hamburg, 23. Februar. Der Saniter und

Ein Schandurteil.

Hamburg, 23. Febr. In der hiesigen Anklage-

Reiniger Mangelnde geübert.

Hamburg, 23. Februar. Am 21. d. M. hat der

betannte Industrielle Reinhold Mannesmann im Alter

von 59 Jahren.

Die Luftschiff-Katastrophe in Amerika.

Paris, 23. Februar. Ueber die Katastrophe, die das

Zweil im Oisak.

Paris, 23. Februar. Nach einer Meldung der 'Agence

Vor einer Revision des Prozesses Gailleur.

Paris, 23. Febr. Die Gründe, die die Untersuchungs-

Beschlagnahme der Billa 'Charlotta'.

Konst., 23. Februar. Die allen Besuchern des ober-

Vollwirtschaft — Handel — Verkehr.

Leipzig, 23. Februar. Der heutige Vormittagsverkehr

Beilage zu Nr. 46 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 23. Februar 1922

Zur Wohnungsbaubgabe.

Warum ist die Abgabe für Wohnungsbau in der vorgeschlagenen Höhe von mindestens 50 bis 100 v. H. der Miete unzulässig und unbillig? Diese Frage beantwortet Dr. F. Jürßen — Köln — in den Mitteilungen des Schutzverbandes für Deutschen Grundbesitz folgendermaßen:

Sie belastet weitestens Kreise, welche nicht in der Lage sind, diese außerordentliche Belastung zu tragen. Will man aber diese Schichten ausschalten, etwa derart, daß alle Mieter mit einem Einkommen unter 20 000 Mark von der Abgabe befreit werden, wie es im Wohnungsaufschusse des Reichstages vorgeschlagen wurde, dann hat das ganze Gesetz für die Regierung nach ihrer Erklärung keinen Wert. Das ist ohne weiteres einleuchtend, schon wenn man die Grenze weit niedriger ziehen würde, weil dann die Abgabe keinen den Zweck erreichenden Betrag mehr einbringen kann. Eine so hohe Abgabe würde auch durch den Hausbesitzer nicht mehr einzutreiben sein, zumal die Festsetzung der vielen Ausnahmen doch einer Einzelbewertung aller Mieter gleichkäme. Dadurch wird dann wieder ein Aparat nötig, der mehr von der Abgabe ausreizen würde, als für den Zweck hätte. Der Verlust, die an sich unzulässige Abgabe sozial auszugestalten, muß sie also unerschwinglich machen. Man sollte daher von der „Beeidung“ der Abgabe für den Wohnungsbau absehen, zumal sie ganz unnötig ist, wenn man dem Baumarckt mit praktischen Mitteln auf die Strömung hilft. Dazu müßte man in größtmöglicher Weise der nachdrücklichen Ermutigung des Baumarcktes die Bahn wieder freigeben, das private Baugewerbe, der private Unternehmensegeist wäre zu beleben. Man befreie die privaten, ohne öffentliche Zuschüsse hergestellten Neubauten von jeder Zwangs- wirtschaft und Mieteraufschusse. Dann bestimme man, daß bei Neubauten etwa der dreifache vorzügliche Bauwert, Betrag einschließlich Grundwertes durch Miete oder Selbstbewohnen zu vergütet und infanzhalten ist. Der darüber hinausgehende Liebererwerbenaufwand, der jetzt aus der Abgabe gedeckt werden soll, wäre mit 3 v. H. zu vergütet und mit einemmal v. H. zu tilgen. Jede Baugeldgeber würde einen Guthaben über 5 v. H. des von ihm zu einem bestimmten Bau gegebenen Geldes erhalten. Dieser durch Guthabeneinlage ausgemessene Betrag müßte jährlich, bis zur erfolgten Tilgung nach 28 Jahren, bei der Steuerzahlung aufzurechnen sein, mit der Abgabe, daß der Zinshaber jährlich einhalb v. H. an die Verwaltungstelle zu zahlen hat, welche die Guthabeneinlage ausstellt. Daraus würde letztere mit Leichtfertigkeit für Inflationen bedürfen. Im übrigen müßten die für die Liebererwerbenden verwandten Gelder während der Dauer der Tilgung befristet bleiben. Damit wäre ein Anreiz zur Neubauten am Baumarckt gegeben, der überreiche Mittel schaffen würde. Von Amerika wird die erfolgreiche Bewirtschaftung eines solchen großen Guthabes gemeldet. Der oberflächliche Einwand eines großen Steueranfalles ist bei näherem Hinsehen sofort hinfällig. Es käme zunächst eine beträchtliche Menge Geldes wieder zu

wirtschaftlicher Anlage in Dauerwerten, welche heute an der Börse unsere Saluta drücken hilft. Eine noch viel größere Menge käme überhaupt erst wieder zu wirtschaftlicher Verwendung und neuerlicher Erfindung. Sie liegt heute zins- und nutzlos, von keiner Steuer berührt in Schuttschladen und Erdkammern oder jenseits der Grenzen. Es wurden neue Steuerobjekte geschaffen, die überdies für Erbschafts- und Umsatzsteuer ergiebige Steuerquellen erschließen, und während ihrer Entstehung die Quellen der Einkommen- und Warenumsatzsteuer, der Stempel- und Wertnachsteuer usw. reichlich fließen lassen, und zahllose Arbeitsunterstützungen in Beschaff bringen. Der alten aber würde wieder eine Gesundung am Baumarckt, ein Einlen der Materialpreise und allgemeinen Löhnen herbeigeführt, wenn das sämtliche Baugewerbe mit kaufmännischen Geiste unter Ausnutzung aller Hilfsmittel wieder die Frucht des wirtschaftlichen, freien Wettbewerbes spürt.

Möge der Reichstag, der jetzt mit der Beratung der erweiterten Abgabe von der Miete für den Wohnungsbau beginnt, zunächst einmal diesen Vorschlag gründlich prüfen, ehe er seine Zustimmung zu einer Belastung gibt, die weiter nichts erreicht, als die bisherigen Liebererwerbenaufschüsse für Neubauten in die Form erhöhter Arbeitslöhne und Gehälter umzuwandeln; denn gewaltige Lohn- und Gehaltsauforderungen werden das Echo dieser starken Mietererhöhungen sein.

Grundrichtiges über indirekte Verbrauchssteuern.

Bei der Erörterung des Steuerreformprojektes spielte eine entscheidende Rolle der Kampf um direkte oder indirekte Steuern. Man geht meist von der allgemeinen Voraussetzung aus, daß durch direkte Steuern auf Einkommen, Vermögenszuwachs, Umsatz usw. mehr die steigenden Kräfte getroffen würden, daß aber die indirekten Steuern auf Salz, Zucker, Alkohol, Tabak usw. mehr das Volk in seiner Gesamtheit erlasten. Und die Linksparteien gehen bei der Begründung ihrer Ablehnung der indirekten Steuern immer wieder ein, daß ihre Stellungnahme aus dem Wohlworte ihrer Wähler erwächst. Die Rechtsparteien, denen doch wahrlich auch weite Kreise des deutschen Mittelstandes angehören, der heute penitentia meist unter der Arbeiterkassette vegetieren muß, betonen bei ihrer Stellungnahme vornehmlich, daß es sich nicht um Fragen des Wohlworts, sondern um wirtschaftspolitische Dinge handelt, die man wirtschaftspolitisch betrachten muß, schwebend, denn, was man verbraucht, wird nicht als

und wirtschaftspolitisch ist es wirklich eine Last, die an der nicht gerollt werden kann, daß die direkten Ertragsteuern mit den jetzt höchsten hohen Progressionen, durch die jedes Stück Mehrwert mit einem progressiven Steuerdruck bestraft wird, zur Unterdrückung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit führen müssen, während verklärte indirekte Verbrauchssteuern, an einfache, objektive feststehende Tatbestände geknüpft, einen erheblichen Anreiz zur Mehrarbeit enthalten würden, da jeder bestraft ist, seinen Verbrauch auf gleicher Höhe zu halten. Die indirekten Steuern haben

daher, wirtschaftspolitisch gesehen, einen geradezu produktiven Charakter, während die direkten Steuern jede Produktivität bestrafen. Bei vorwiegend direkter Besteuerung, wie wir sie augenblicklich haben, droht der verstärkten Arbeitsleistung die höhere Besteuerung, bei einer mehr indirekten Besteuerung wirkt ihr die Möglichkeit einer Steigerung der Lebenshaltung.

Und auf Vermehrung der Arbeitsleistung kommt doch tatsächlich heute alles an. Eine Erhöhung der direkten Steuern ist heute außerordentlich bedenklich, weil diese Steuern die Arbeit unrentabel machen, die Produktivität lähmen und der Volkswirtschaft keine neuen Werte zuführen. Indirekte Verbrauchssteuern dagegen würden eine Prämie auf Erhöhung der Produktion sein und nicht nur die Umgruppierung von Geld aus den Privatfästen in die Staatsfästen, sondern auch eine erhebliche Verstärkung der Neuschöpfung wirtschaftlicher Werte darstellen.

Wir müssen uns allmählich den Gedanken abgewöhnen, daß aus der Staat mit als eine Art Obrigkeit gegenübersteht. Wir sind vielmehr wie eine einzige Arbeitsgemeinschaft, die durch Besteuerungen gezwungen ist, ihre Einkommen zu vermindern. Jede Vermehrung von Einkommen läßt sich nur dadurch erreichen, daß man die Ausgaben auf das Nötigste beschränkt und die Leistung steigert.

Unsere heutige Steuerpolitik erzielt geradezu zur Verschwendung, dann, was man verbraucht, wird nicht als Kapitalzuwachs veräuert. Es ist daher vom Staate eine Steuerpolitik zu fordern, die die Produktion fördert und die Ausgaben beschränkt. Wenn auf Alkohol oder Tabak eine hohe Steuer lastet, so ist dieses eine Erziehung zur Sparsamkeit. Wer sich diese Genüsse doch gern leisten will, muß seine Tätigkeit erhöhen und mehr Werte schaffen. Darum ist eine mehr indirekte Besteuerung von besserem Wert, nicht nur auf die staatlichen Finanzen, sondern auch auf die wirtschaftliche Gesamtanlage des Volkes. Denn die Grundlage einer vernünftigen „Finanzabgabe“ ruht nicht in der Parteipolitik, sondern in dem Fleiß und der Sparsamkeit der Staatsbürger.

Deutscher Reichstag

Berlin, 22. Febr. 1922.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst die dritte Beratung des Reichsmietengesetzes auf Antrag Vordermannsberg (3.) auf nächste Woche verschoben. Das Gesetz für die Erhebung einer Abgabe für die Förderung des Wohnungsbaues wird sodann in dritter Lesung angenommen. Es folgt die

zweite Beratung des Etats für 1922.

beim Haushalt des Reichspräsidenten.

Abg. Dr. Berg (D.) befragt die Präsidentschaft des Reichspräsidenten und betont, daß die Person des gegenwärtigen Reichspräsidenten dabei völlig ausschide. Es sei eine Reichsfrage, ob heute, anderthalb Jahre nach Zusammen-

tritt des Reichstages noch immer der alte Nationalversammlungspräsident zu Recht bestehe. Der Reichspräsident selber sei der Meinung, daß auch der Schein vermieden werden müsse, als ob ein Recht des Volkes geschmälert werden solle. Nachdem jetzt die oberchristliche Frage gelöst ist, habe die Regierung keinen weiteren Grund, sich zurückhaltend zu zeigen.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch: Die Reichsregierung muß es ablehnen, bei diesem Etatstitel hierzu Zielsetzung zu nehmen.

Abg. Dr. Kahl (D. Vst.): Meiner Partei liegt es fern, den Präsidenten mehr Machtbefugnisse habe, als dies sonst bei Präsidenten von Republiken oder selbst bei Monarchen der Fall sei. Sehr früh aber, siehe sonders über der Reichsverfassung, wie seine zahlreichen Verordnungen der letzten Zeit beweisen.

Abg. Dr. Kahl (D. Vst.): Meiner Partei liegt es fern, aus der Frage der Neuwahl eine politische zu machen, wir wünschen aber, daß eine Bestimmung der Verfassung endlich erfüllt wird, und möchten wissen, ob die Regierung sich über diesen Punkt Gedanken gemacht hat.

Abg. Hoffmann (f. Arbeitergemeinschaft): Die Rechte möge nicht so tun, als ob sie nach Neuwahlen dränge. Ebert sei ja doch nur Platzhalter für den künftigen Monarchen. Seiner Ansicht nach sei der Präsident ein ganz überflüssiges Mitglied. Ebert unterschreibe ja doch nur, was andere unterschreiben.

Auf Antrag Schulz (Dn.) wird die Abstimmung über den Etatstitel ausgesetzt, weil die Regierung es abgelehnt hat, die Frage der Neuwahl hier zu beantworten. Beim Etat des Reichsanstalters führt

Reichsanstaltler Dr. Wirth aus: Vielleicht ist es künftig besser, an erster Stelle den Titel „Reichsanstaltler“ zu beraten. Von einer Bezeichnung im Sinne wegen der Neuwahl ist keine Rede. Vor völliger Erledigung der oberchristlichen Frage konnte nichts geschehen. Jetzt können wir mit den Parteiführern in Vorschlägen eintreten und das hohe Haus wird bald Gelegenheit bekommen, zu der Frage Stellung zu nehmen, denn sie ist wichtig.

Darauf wird der Etat des Reichsanstalters angenommen, ebenso der des Reichspräsidenten. Nächste Sitzung Donnerstag, Justizetat.

Preussischer Landtag

Berlin, 22. Februar 1922.

Die zweite Beratung des Antikunstgesetzes wird beim Ausschuss der Universitäten und technischen Hochschulen fortgesetzt. Abg. Freuß (Dem.) geht auf die Entwidlung ein, die sich in letzter Zeit innerhalb der deutschen Studentenschaft vollzogen hat. Er bittet den Minister, den Weg zu folgen, den neuerdings die Studentenschaft eingeschlagen hat. Es ist bedeutend, daß die Studentenschaft selbst jetzt heraus will aus dem Kampfe der Bewegung und der feindseligen Stellung zum gegebenen Staate der Gegenwart. Der Minister muß mehr tun als bloß mit wohlwollender Neutralität der Entwicklung der Dinge zusehen. Sehr richtig! Die Studentenerordnung des Ministers hinsichtlich in diesem Sinne geändert werden, um die verheerende Agitation aus der Vertretung der Studentenschaft abzuwenden. Der Minister könnte hier der Göttinger Verfassung folgen. Der selbige Geist der Fakultäten

macht es fast unmöglich, daß ein Nachdruck im Geiste des neuen Staates sich heufen könne.

Aktionsminister Bericht:

Das Ergebnis der Hochschulforschung kann man bisher nicht mager nennen. In unseren Hochschulen wollen wir die berechtigten Eigenart der einzelnen Universitäten möglichst schonen. Nach Durchführung der Reform werden alle Dozenten nach ihrer Stellung charakterisiert werden. Die Studentenschaft ist nur der künftige anerkannte Selbstverwaltungsträger. Man darf ihn nicht mit den Korporationen verwechseln. Der Sinn des Studentenrechtes ist doch der, der Studentenschaft eine Mitarbeit an dem Ausbau der Universitäten zu sichern. Voraussetzungen war dabei die Ausschaltung aller parteipolitischen Kämpfe aus der anerkannten Studentenvetretung. Leider hat die Parteierkennung auch dort nicht Halt gemacht und darum hat sich die Studentenschaft selbst durch die Göttinger Überweisung zur Entpolitisierung ihrer Vertretung entschlossen. Ich persönlich habe diese Vorverfassung begrüßt und werde mich bemühen, in Verhandlungen mit der Studentenschaft eine entsprechende Veränderung des Studentenrechtes vorzubereiten. Die Auslandsfrage bearbeiten wir in Gemeinschaft mit dem Auswärtigen Amt. Wir treiben keine Gleichberechtigung vor dem Auslande, verschließen uns aber nicht der Erkenntnis, daß der akademische Boden einen vortrefflichen Saat biete, zersäene Wände wieder anzunähen. Es sind Maßnahmen getroffen, daß der deutsche Student nicht zurückgesetzt werden kann und die deutsche Wissenschaft gefördert wird. (Beifall.) Auf keiner Universität im unbesetzten Gebiete sind Engländer oder Franzosen zugelassen. (Beifall.) Bei der Berufung wird kein Professor nach seiner politischen Meinung gefragt.

Die Wissenschaft nach ihrer Lehre ist frei, unter die Gehörlichkeit fällt es aber nicht, wenn ein Professor eine politische Demonstration im Rahmen einer Vorlesung veranstaltet. Professor Stug, Berlin, hat das leider getan; ich müßte ihn deshalb meine engeste Mißbilligung aussprechen und ihn verwarren. Ich muß es aber entschließen zurückweisen, wenn Abg. Dr. Weill solche Vorgänge verallgemeinert. Höflichkeit ist für uns wichtiger als Verherrlichung. (Beifall.)

Abg. Schölem (Komm.) nennt die jetzigen Fakultäten Namenlos. Er verlangt die Befestigung der theologischen Fakultät von den Universitäten.

Abg. Dr. Baentig (Z.) verlangt vom Minister, er möge seinen ganzen Einfluß darauf verwenden, daß in keiner Weise jene Tendenzen an den Universitäten gefördert wird, die auf eine Verträmmelung der demokratischen Republik hinstreben. Die Reform darf nicht darauf hinauslaufen, daß alle diejenigen, die sich habilitieren dürfen, ein Recht auf staatliche Versorgung erhalten.

Abg. Dr. Schuster (D. Volksp.): Solange die Vertreter der Linksparteien mit solchem Pathos immer wieder die Frage von der deutschen Kriegsflagge vorbringen, solange können sie nicht erwarten, daß die nationalgeleitete Studentenschaft sich zur Republik bekennt. Für uns ist die republikanische Staatsform nicht das Ziel, aber das hindert uns nicht, mit größter Hingebung am Wohl dieses Staates zu arbeiten.

Abg. Dr. Böllig (HS.) hält dem Minister gegenüber seine Angriffe gegen den realistischen Geist der Universitäten

aufrecht. Die vom Minister gewünschte Entpolitisierung der Studentenschaft läuft darauf hinaus, dem Dozentenstand — deutscher Art — ein Monopol zu schaffen und die übrigen politischen Richtungen zu mahzen.

Der Kultusminister weist hierauf einige Angriffe des Abgeordneten Schölem zurück. Die kommunalistische Studentenerkennung sei wegen schwerer Verdächte gegen den akademischen Anstand nach wiederholter Verwarnung verboten worden.

Nach kurzer Einzelberatung über einzelne Etatstitel folgt die Besprechung des dritten Abschnitts „Kunst“.

Abg. Erbes (Zog.) fordert eine größere Unterstützung der Gemeinden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, mehr als bisher wirkliche Kunst den breiten Massen des Volkes zugänglich zu machen.

Abg. Dr. Hoff (Str.) verlangt gleichfalls, daß bei der Kunstpflege nicht halbe Arbeit geleistet werde. Was jetzt in Fragen der Kunstpflege geleistet werde, bleibe nicht nur relativ bemessen am Geldwert, sondern auch absolut hinter dem zurück, was vor dem Kriege und jetzt noch in Bayern dafür geleistet wird.

Abg. Frau Wolf (Dn.) Die Kunst muß Gemeingut des deutschen Volkes sein und muß auf ärztlich-deutscher Grundlage stehen. In der Kunstpflege darf die Sparamkeit nicht zu weit getrieben werden. Das Theater muß eine Stätte künstlerischer Volkserziehung werden. Dagegen erleben wir eine Übererschmückung unserer Bühnen mit französischen Stücken einseitiger Art. Wir verlangen einen wirksamen Schutz der Jugendlichen gegen unsittliche und verwerfliche Schauspielungen.

Donnerstag Weiterberatung. —

Politische Randnotizen

Der Abbau des Wiederkaufministeriums.

87 Stellen gestrichen.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde vom Berichterstatter Stücken (Zog.) ein Antrag auf Streichung von 133 Stellen im Wiederkaufministerium für Wiederaufbau am 31. Dezember 1922 gestellt. Staatssekretär Müller erwiderte sich trotz einiger Bedenken bereit, der Streichung einer geringen Anzahl von Stellen angesichts der beantragten erheblichen Streichungen nicht länger zu widerstehen. Er schlug vor, die von ihm zugeständenen Einschränkungen am 1. April eintreten zu lassen und dafür auf die für den 31. Dezember in Aussicht genommenen umfangreichen Streichungen zu verzichten. Der Ausschuß stimmte dem Antrag des Staatssekretärs zu. Es wurden vom Ministerium sieben, von der kolonial-Zentralverwaltung vier, von nachgeordneten Behörden 66, vom Reichsanstalt für den Wiederaufbau der Bundesliste 10, insgesamt 87 Stellen gestrichen. Im übrigen wurde der Haushalt bewilligt.

Dr. Hahlo — Sport: M. Hochheimer. — Angelegen: S. Balg. — Druck und Verlag: Weierberger Druck- und Verlagsanstalt S. Balg, Hannover, in Meisberg.

(Die heutige Nummer umfaßt 5 Seiten.)